Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internatio[illegible]chsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund[illegible] Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jung[illegible]

7. Jahrgang — Dresden, Sonnabend den 4. April 1931 — Nummer 56

Leiner [illegible] und Artikel 48

Wird noch heute durch neue Abonnenten!

Erfolg der Mobilisierung durch die RGO!

Ausbreitung des Bauarbeiterstreiks!

Streikaufruf des DBB als Entlastungs-Manöver

Der Bauarbeiterstreik breitet sich im ganzen Reiche aus. Nach Dresden, Berlin, Saargebiet traten die Bauarbeiter in den Streik: in Delitzsch, wo ein Lohnabbau von 22 bis 26 Pfennig gefordert wurde, in Dortmund, Gelsenkirchen, Bochum, Hamborn, Stuttgart und Saarbrücken. In Leipzig sind rund 2000 Bauarbeiter ausgesperrt und in Hannover steht der Streik unmittelbar bevor.

Das Dresdner SPD-Blatt sabotiert den Streik, schwindelt, daß „nur sehr wenige Firmen . . . den Arbeitern Reverse vorgelegt haben", um die Bauarbeiter abzuriegeln! Das sächsische Nazi-Blatt druckt die Erklärung der Bauunternehmer kommentarlos, also zustimmend ab! Nur die RGO, unterstützt von der KPD-Presse, mobilisiert zum Streik, und mit Erfolg. Die Parole lautet: **Alle Baubetriebe stillgelegt! Sofort Wahl von Streikleitungen! Solidarität aller mit den Bauarbeitern!**

•

Bei Redaktionsschluß erfahren wir: **Der Baugewerksbund Dresden ruft auch zum Streik auf.** Auf Grund dessen, daß die Bauarbeiter fast restlos der Streikparole der RGO folgten, sah sich der Baugewerksbund genötigt, „mitzumachen", um dann leichter den Bauarbeiterstreik abwürgen zu können. **Vorwärts unter Führung der RGO!**

•

Die Bürokratie des ADGB hat mit Dorpmüller ab 1. April bis 30 Juni **die Einlegung von 12 Feierschichten** vereinbart, nachdem erst vor kurzem von ihnen gegen die Reichsbahnhauptverwaltung geklagt wurde in derselben Angelegenheit. Die Vereinbarung wurde erst nach dem Lohnsenkungsdiktat veröffentlicht und bedeutet eine weitere Lohnsenkung von etwa 15 bis 20 Prozent.

Hitler schachert mit Brüning

Rebellion der SA in vollem Gange

Die Revolte in der SA gegen Hitler hat die NSDAP vollständig durcheinander gebracht. Hitler und Goebbels haben nicht nur Stennes und eine große Anzahl von SA-Führern ausgeschlossen, sondern auch den bisherigen „Angriff"-Verlagsdirektor, Rathenaumörder Techow. Als Antwort darauf enthüllt Stennes Geheimverhandlungen Hitlers mit dem Reichskanzler Brüning und seines Vertrauensmannes v. Roehm mit General v. Hammerstein. Die sensationelle Entlarvung Hitlers und seiner Trabanten hat die Rebellion der SA ungeheuer gesteigert. In den erregten Diskussionen, die sich zwischen SA- und NSDAP-Leuten abspielten, wiederholt sich immer wieder der Ruf: „Scheringer hat Recht gehabt, Hitler hat uns so verraten, wie die SPD-Bonzen!"

Der Kampf in der NSDAP um die Führung und den gesamten Kurs dieser Partei enthüllt den ganzen Sumpf von Korruption und Verrat der Nationalsozialisten. Es wäre ganz verfehlt, in Stennes etwas anderes als einen skrupellosen Landsknecht zu sehen, der um seine Pfründe kämpft. Ganz anders aber steht es mit seinen Anhängern. Diese bilden das Gros der proletarischen Elemente in der Hitlerpartei, sind zum Teil durch materielle Versprechungen an den Karren der Partei gebunden worden, als diese sich noch „revolutionär" und antikapitalistisch gebärdete.

Scheringer im Kreise der kommunistischen Festungsgefangenen in Gollnow

Der nun immer stärker zutage tretende Youngplan-Kurs, das offene Unterstützen der Unternehmeroffensive des Lohnraubs und des Unterstützungsdiebstahls durch die Führung der NSDAP, die Korruptheit der Führercliquen, die Mordtätigkeit lediglich gegen revolutionäre Arbeiter, die Subventionierung durch das Großkapital bei gleichzeitigem Verrat an den Interessen der werktätigen Mittelschichten — das alles sind Momente, die den Explosivstoff anhäufen, den nun der Streit der Führerclique zum Aufflammen bringt.

Den werktätigen Anhängern der Hitlerpartei gehen die Augen auf über das schändliche Betrugsspiel, das ihre Führer mit ihren Interessen spielen. Ungeheuer ist die Empörung der SA-Leute, die für diese Gesellschaft ihre Haut zu Markte trugen, weil sie glaubten, sie würden zu einem Kampf gegen den großkapitalistischen Staat geführt, und jetzt erkennen müssen, daß ihre Führer dasselbe Spiel mit ihnen treiben, wie es die SPD-Bonzen seit Jahr und Tag mit den SPD-Arbeitern zu treiben wagen. Die SA-Proleten haben zwar das Gebäude räumen müssen, da Stennes die Besetzung nicht aufrechtzuerhalten wagte, aber vorher ohrfeigten sie noch den von Hitler eingesetzten Fememörder Schulz gründlich ab.

Hitler sieht sich nunmehr zum Erlaß eines Ultimatums an alle SA-Führer gezwungen.

In einem Kommentar hierzu, der im „Völkischen Beobachter" veröffentlicht wird, führt Hitler aus:

„Ich habe die strenge Legalität der Partei geschworen und ich lasse mich von niemanden zum Meineidigen machen, am wenigsten vom Polizeihauptmann Stennes."

So umschreibt Hitler den Kurs der offenen Unterstützung der Brüning-Regierung.

Enthüllt ist aber damit auch der politische Kurs der Brüning-Diktatur ebenso wie der der SPD-Führer, denn jetzt zeigt sich offen die Grundlage der „Notverordnung" als Signal aller vom Kapital abhängigen Kräfte zum Kampf gegen die in Bewegung geratenen Volksmassen und ihre Führerin, der Kommunistischen Partei. Die Fäden, an denen das Finanzkapital seine Puppen hängen hat, sind damit bloßgelegt. Der Sturm der Empörung in den Reihen der Parteien, deren Führer gegen die Interessen ihrer Anhänger die Massen an die herrschende Klasse verschachern, muß auch die erwachenden Anhänger der NSDAP klar erkennen lassen, daß auch ihr Weg zur Einheitsfront mit den klassenbewußten Arbeitern, zur roten Kampffront führen muß, wenn sie nicht wieder in die Hände von Verrätern und politischen Spekulanten fallen wollen.

Scheringer weist den Weg für alle antikapitalistisch gesinnten werktätigen Anhänger der NSDAP. Sein Weg zur Kommunistischen Partei, zur einzigen antikapitalistischen, revolutionären Arbeiterpartei, muß auch von ihnen beschritten werden.

Bauarbeiterkampf!

Von Paul Jäkel, Sekretär der RGO Sachsens

Je mehr sich die politische und wirtschaftliche Lage verschärft, je mehr sich die Krise des Kapitalismus zuspitzt, um so rücksichtsloser und brutaler werden die Angriffe auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft. Die Schwerindustriellen in Rheinland-Westfalen haben mit der Losung „Zwischentarifliche Lohnsenkung" die zweite Lohnrauboffensive eingeleitet und damit das Signal zum Angriff der Unternehmer auf breitester Front gegeben. Zur erfolgreichen Durchführung dieser Hungeroffensive hat die Brüning-Regierung als Sachwalterin der Trustbourgeoisie die Diktaturverordnung erlassen, die sich gegen die Arbeiterschaft und ihre wirtschaftlichen und politischen Forderungen richtet. Die Aeußerung Brünings auf der Chemnitzer Industriellentagung, mit einer gewissen Härte vorzugehen, liegt in der Linie der erlassenen Verordnung. Die ersten Auswirkungen dieser Verordnung zeigen sich bereits bei der Lohnbewegung im Baugewerbe.

Rund 1 Million Bauarbeiter stehen zur Zeit in einer Bewegung, deren Ausgang für die gesamte Arbeiterschaft von entscheidender Bedeutung ist. Die bezirklichen Lohntarife, sowie der Reichstarifvertrag waren am 31. März abgelaufen. Die Forderung der Bauunternehmer ist eine durchschnittliche Lohnkürzung von 35 Prozent. Die Löhne der Bauarbeiter sollen auf den Stand vom 25. Juni 1925 herabgesetzt werden. Der für Sachsen gefällte Schiedsspruch mit 16 Prozent Lohnabbau ist abgelehnt worden. Das Zentrale Schiedsamt hat einen neuen Schiedsspruch gefällt, der die Löhne der sächsischen Bauarbeiter um 9 Prozent abbaut. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 4. April. Währenddessen haben die Unternehmer allen Bauarbeitern in Sachsen das Arbeitsverhältnis zum 31. März gekündigt. Die Bauarbeiter, die sich unterschriftlich verpflichten, bis zu 20 Pfennig die Stunde billiger zu arbeiten, werden ab 1. April weiterbeschäftigt. Das bedeutet die vollständige Beseitigung der tariflichen Bestimmungen und den Abschluß von Werksverträgen. In dem Unternehmerdiktat heißt es u. a.:

„Es wird nur die tatsächlich geleistete Arbeitszeit bezahlt."

Damit fällt die bis jetzt zu einem gewissen Grad bezahlte Wege- und Wartezeit u. a. weg. Weiter heißt es:

„Der Lohn ab 1. 4. 1931 ist nur als vorläufiger Lohn zu betrachten und bedarf der endgültigen Festsetzung."

Durch diesen Passus haben sich die Unternehmer für einen weiteren Lohnabbau freie Hand gelassen. Dieser heimtückische und freche Vorstoß der Bauunternehmer ist die erste Aus-

Unsere Antwort an Brüning, Schieck und Severing

An die Werktätigen Sachsens!

Die Brüning-Regierung hat mit Unterstützung der sozialdemokratischen Führer, mit deren Hilfe der Reichstag nach Hause geschickt wurde, den Belagerungszustand über Deutschland verhängt. Die Grundrechte der Verfassung, das Vereins- und Versammlungsrecht, die Pressefreiheit und das Recht der freien Meinungsäußerung sind außer Kraft gesetzt. Die Diktaturverordnung Brüning-Severings bedeutet einen weiteren Schritt zur Errichtung der offenen faschistischen Diktatur in Deutschland. Diese Diktatur richtet sich ausschließlich gegen die revolutionäre Bewegung und gegen die Führerin des revolutionären Massenkampfes, die Kommunistische Partei.

Schon zeigen sich die ersten Früchte der Diktaturverordnung. Versammlungen werden aufgelöst, Zeitungen beschlagnahmt, kommunistische Funktionäre verhaftet. Die Diktatur wurde erlassen, um mit ihr einen neuen, unerhörten Raub an den Löhnen der Arbeiter durchzuführen. Schon rüsten die sächsischen Bauunternehmer die Aussperrung der Bauarbeiter durch mit dem Ziel einer 15prozentigen Lohnsenkung.

Werktätige Sachsens! Es gilt jetzt die Volksaktion gegen den Faschismus und gegen die Diktaturverordnung in allen Betrieben und Organisationen, in allen Arbeitervierteln zu entfachen. Organisiert überall Protestversammlungen der Betriebsräte, Gewerkschaften, Kampfkassen und Arbeiterviertel! Fordert überall Aufhebung der Diktaturverordnung!

Steigert den Massenkampf gegen Demonstrationsverbot und Unterdrückung!

Rüstet zum Massenstreik und zu gewaltigen Massendemonstrationen am 1. Mai. Bildet

rote Maikomitees in allen Betrieben,

in allen Wohngebieten und Stempelstellen.

Folgt dem Rufe der KPD, [illegible] Kampf gegen [illegible]

[illegible]